

## Schneebergstraße-Archiv

### Je weniger Kopf, desto mehr Wand, durch die er will.

Dr. phil. Manfred Hinrich (\*1926), deutscher Philosoph, Lehrer, Journalist, Kinderliederautor, Aphoristiker und Schriftsteller

Quelle: <http://www.vmw-online.de/Philosophie.43.0.html>



#### Wohnen und Wohlfühlen

Bei unseren Entscheidungen und unserem Handeln steht immer der Kunde im Mittelpunkt. Unser gesamtes Engagement ist auf seine individuellen Bedürfnisse zugeschnitten und ausgerichtet - gemäß unserem Motto: Wohnen und Wohlfühlen. Seit über 50 Jahren und auch in der Zukunft geht es uns darum, attraktiven und zeitgemäßen Wohnraum für die Menschen in unserer Region zu schaffen.

Geschäftsführung der VMW

Auf Anfragen von Anwohnern nach einer Mitbeteiligung entgegnete er:  
"Ich sehe nicht ein, dass ich mit den Bürgern reden muss."

Elektriker & Betriebsrat BW  
Westerholt, ehem. Ratscherr der  
SPD-Herten, danach MDB zur Zeit  
eng verbunden mit der SPD Herten,  
befreundet mit W. Wessel,  
Fraktionsvors. SPD

Seit Febr. 2006 im I.-net nicht  
mehr als Geschäftsführer geführt.  
Warum ?

**Stadt Herten involviert  
als:**

**Aufsichtsrat:**

- BM Dr. Uli Paetzel (SPD),
- Winfried Kunert (CDU).

**Gesellschafterversammlung:**

- BM Dr. Paetzel.
- 

Jeder möge sich hier selbst  
ein Bild daraus machen



[Lesen Sie unsere Forderung, dass die Stadt Herten sich aus der VMW zurückzieht \(Bürgerantrag\)](#)



## im Sinne der VMW

Ziel des SPD-Herten-Programms 2010 (Wahlaussage) ist es:  
wörtlich:

Wir wollen in den kommenden Jahren unsere **umweltpolitischen Planungsgrundlagen** überarbeiten und aktualisieren. Dazu gehören die Entwicklung bzw. Neuerstellung:

- ❖ des stadtökologischen Gutachtens, *Anm. Durch qualifizierte Stadtgärtner?*
- ❖ der Biotopkartierung Hertens, *Anm. durch Abholzung leichter zu gestalten!*
- ❖ des Hertener Umweltschutzberichts,
- ❖ einer eindeutigen Regelung zum Schutz unserer Bäume.

*Anm.: Deshalb die Baumschutzsatzung abgewürgt !!*

*Anm. Pro-Herten: Wer einmal lügt dem glaubt man nicht, wenn er auch die Wahrheit spricht*

Bilder: so sieht der SPD-Schutz unserer Bäume aus



Aufs Bild klicken für's Vergrößern

am 18.Okt. 2005 durfte wieder einmal die VMW- Wohnqualitäts-Säge ran!

Ihr fielen das letzte Grün zum Opfer.

Rund 70 Jahre alt waren die Weidenbäume, die die Vestisch Märkische Wohnungsbaugesellschaft  
jetzt

an der Wiesenstraße von einer Fachfirma fällen ließ.

**Ein Glück das Herten keine Baumschutzsatzung hat!**

Mitverantwortlicher der ehemalige Elektriker des Bergwerks Westerholt

Norbert Formanski, der über die "Partei" zum verantwortlichen Geschäftsführer der VMW  
avancierte.

Wie gut dass man überall seine Lobbyisten hat.

Dazu die Presse:

**WESTDEUTSCHE  
ALLGEMEINE**  
Die Zeitung **WAZ** des Ruhrgebiets

vom 20.Okt. 2005

### Geschützte Weiden gefällt

Im Neubaugebiet an der Wiesenstraße ließ die Vestisch Märkische Wohnungsbaugesellschaft (VMW) als Bauherr eine Gruppe von Weiden fällen, obwohl diese etwa 70 Jahre alten Bäume einen besonderen Schutz genossen: Der Bebauungsplan für dieses Gelände schreibt die "Sicherung von erhaltenswertem Einzelbaumbestand (Weidengruppe im nördlichen Blockinnenbereich)" verbindlich vor.

VMW-Geschäftsführer Jörg Schwenzfeier verwies auf eine Fällgenehmigung der Stadt: "Wir haben die Fällung beantragt, und die Stadt hat festgestellt: Die Bäume sind morsch und brüchig." Dazu Stadtsprecherin Svenja Kückmeister: "Baurat Volker Lindner hatte eine Fällung zunächst abgelehnt

mit Hinweis auf den Bebauungsplan, aber in einem Ortstermin hat man dann doch eine erhöhte Bruchgefahr festgestellt." Als Ersatz müsse die VMW an gleicher Stelle drei Stieleichen mit einem Mindest-Stammumfang von 20-25 cm pflanzen.

Die Bezeichnung "morsch und brüchig" mochte Stefan Klümper vom Zentralen Betriebshof nicht gelten lassen: "Das Stammholz ist weitgehend in Ordnung, aber eine Weide hat die Eigenschaft, weit ausladend zu wachsen, und auf einer Wiese ist das auch kein Problem. Aber direkt neben Häusern muss man große Sicherheitsbedenken haben." Zumal die Rodung des anderen Grünbestandes südlich der Wiesenstraße die Weidengruppe freigestellt und damit windanfällig gemacht hätte. "Im oberen Bereich der Bäume sind bereits Äste rausgebrochen" (Klümper).

Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes hatte die Stadt ein Gutachten über die "Erhebung und Bewertung des Grünbestandes" beim Ingenieurbüro Wolters und Partner (Coesfeld) in Auftrag gegeben. Und dieses Gutachten empfahl: Erhalt der Weidengruppe und einer Eichengruppe im südlichen Teil des Geländes durch einen entsprechenden Eintrag im Bebauungsplan. Warum die Meinung des ZBH über Weiden neben Wohnhäusern nicht in den Bebauungsplan einfluss, lag daran, "dass wir nicht gefragt wurden" (Klümper).

Mehrere Anwohner hatten sich an der Aufstellung des Bebauungsplanes mit dem Einwand beteiligt, dass durch die Wohnbebauung südlich der Wiesenstraße sehr viel Grün verloren gehe. Sie erhielten zum Beispiel als Antwort: "Mit dem Erhalt prägender Baumsituationen (...) wird ein wesentlicher Beitrag zur ökologischen Vernetzung und Grüngestaltung des Plangebietes geleistet." G.M.

## KOMMENTAR

### ***Von wegen: „erhaltenswert“***

Da wird eine Baumgruppe in einem Bebauungsplan als „erhaltenswert“ geschützt (auf Anraten eines Gutachters!), und nur dreieinhalb Jahre später wird dieselbe Baumgruppe abgeholzt. Begründung: Weiden sind nach Ansicht des Zentralen Betriebshofes aufgrund ihres Wachses ein Sicherheitsrisiko für die benachbarte Wohnbebauung. Wenn das stimmt, was soll man dann von einem Gutachter halten, der das Gegenteil empfiehlt?

Sicherlich: Der Baumstandort bleibt durch Eichenpflanzungen erhalten und wird auf lange Sicht sogar aufgewertet. Aber bis die Fülle eines alten Baumes erreicht ist, vergehen doch Jahrzehnte. Außerdem müssen sich all jene veralbert vorkommen, die gegen einen Kahlschlag an der Wiesenstraße protestierten. Denn als Antwort erhielten sie von der Stadt: Die Weidengruppe bleibt doch stehen. Von wegen. **Günter Mydlak**

## **Hertener Allgemeine**

19. Oktober 2005 |

### **Alte Weiden abgeholzt**

In Süd gingen gestern nicht wenige Bürger auf die sprichwörtliche Palme. Der Grund: Die Vestisch Märkische Wohnungsbaugesellschaft (VMW) ließ drei Weiden im Neubaugebiet Schneeberger Straße fällen.

Ausgerechnet diese Bäume sollten aber laut Bebauungsplan stehen bleiben. Warum sie trotzdem gefällt wurden, erklärt die städtische Pressestelle so: Die VMW habe im Mai einen Fällantrag gestellt. Im Juli fand ein Ortstermin mit VMW, ZBH-Gärtnern und Stadtentwicklungsplaner statt. Diese Fachleute hätten die Standfestigkeit der Bäume nicht mehr gewährleistet gesehen. Grund dafür sei der Pflegeschnitt gewesen. Durch die Ausholzung und neue Austriebe hätte sich die

Bruchgefahr so erhöht, dass die Stadt der Fällung zustimmte. Die VMW bekam die Auflage, dass sie nur zwischen Oktober und 1. März fällen dürfe (was ja nun geschah) und als Ersatz drei neue Bäume pflanzen müsse. Es sollen Stieleichen mit einem **Stammumfang** von mindestens **20 Zentimetern** sein.

VMW-Geschäftsführer Jörg Schwenzfeier betonte auf Anfrage: "Die neuen Bäume sind bereits bestellt. Sie werden etwa in vier Wochen gepflanzt." -da-ho

**Anmerkung Pro-Herten:**

Die gefälltten Bäume hatten einen Stammdurchmesser von **45 - 55 cm** (gemessen)  
Herr Schwenzfeier will stattliche Eichen mit einem min. Stammumfang von **20 cm** pflanzen!  
Vergleicht man die Durchmesser so stehen ca. **50cm zu (20cm/3.14) 6,37cm** gegenüber!!  
oder anders,

**1,57m Umfang gegen 20 cm Umfang**

Für wie dämlich hält die VMW eigentlich die Bürger?

22. Oktober 2005 |

## Wieder mal am eigenen Ast gesägt

Hier ist mehr kaputt gemacht worden als ein paar Weiden, meint **Gregor Spohr**

In dieser Woche kreischten wieder einmal die Sägen: 70 Jahre alte, gesunde Weiden wurden auf Antrag der Vestisch Märkischen Wohnungsbaugesellschaft (VMW) und mit Genehmigung der Stadt im Neubaugebiet Schneeberger Straße abgeholzt.

Nun gibt es Menschen, die sagen: Na gut, was soll's, so ein paar alte Bäume, da gibt es doch wichtigere Dinge, über die man sich aufregen kann. Mag sein. Aber hier ist mehr kaputt gemacht worden als ein paar Weiden. Es ist der sorglose Umgang mit Bestehendem, die Art und Weise, die betroffen und wütend macht.

Als die umstrittene Bebauung dieses "Blockinnenbereichs" zwischen Ewald- und Schützenstraße gegen massive Proteste der Anwohner durchgesetzt wurde, verabreichte man eine bewährte Beruhigungspille: Die "Sicherung von erhaltenswertem Einzelbaumbestand" wurde mit Hinweis auf die Weidengruppe verbindlich im Bebauungsplan festgeschrieben. Die Bäume, so stellten die Gutachter fest, leisteten "einen wesentlichen Beitrag zur ökologischen Vernetzung und Grüngestaltung des Plangebietes".

Und jetzt? Sicherheitsbedenken. Bruchgefahr. Leider, leider ... weg damit!

Hier wurde wieder mal am eigenen Ast gesägt: An der Glaubwürdigkeit von politischen Entscheidungen.

NEWSLETTER PRO-HERTEN

22.10.2005

Wir bauen, was wir wollen - Wir reden, mit wem wir wollen - Wir bekommen, was wir wollen

**Wer Hat das Sagen in unserer Stadt - eine Betrachtung am Beispiel VMW.**

Im Jahre 2003 stellte Pro-Herten einen Bürgerantrag mit dem Ziel, dass sich die Stadt Herten mit seinen politischen und städtischen Vertretern aus der VMW-GmbH zurückziehen möge. Damit sollte - nach langer Negativerfahrung mit dem Unternehmen - der Interessenverquickung zwischen Stadt und Unternehmen ein Riegel vorgeschoben werden.

In der Vergangenheit hatte sich gezeigt, dass sich die VMW (Vestisch Märkische Wohnungsbaugesellschaft mbH) für ihre Wünsche stets administrativer Hilfe und politischer Zusicherung seitens der Stadt Hertens bedienen konnte. Am anderen Ende dieser der Stadt selten zuträglichen Verbandlung wurde Norbert Formanski (ex SPD-MDB) nach Ausscheiden aus dem Bundestag mit einer wohl dotierten Stelle als Geschäftsführer der VMW (am Rande lernen wir: eine GmbH mit ca. 50(!) Mitarbeitern kann sich auch in „schlechten Zeiten“ durchaus zwei Geschäftsführer leisten!) bedacht - ganz ungeachtet der Sensibilität erfordernden engen Bindung zum Hertener Rathaus. Außerdem finden sich - durchaus auch dem Wohle der Gesellschaft verpflichtet - Hertens Bürgermeister Dr. Uli Paetzel (SPD) sowie der Lokalpolitiker Winfried Kunert (CDU) als Aufsichtsrat bzw. Mitglied der Gesellschafterversammlung wieder.

Unser erwähnter Bürgerantrag wurde mit der Begründung abgelehnt, dass die Stadt einen „Fuß in der VMW“ behalten wollte, um an dieser Stelle die Stadtentwicklung positiv beeinflussen zu können. Seither ist festzustellen, dass in der Praxis weiterhin genau das Gegenteil der Fall ist. Die VMW demonstriert, wie sie stadtentwicklungspolitisch nicht gewollte und selbst am Markt überflüssige Immobilien realisieren kann. Drastisch sichtbar wird dieses immer noch am Beispiel des Bebauungsplans 112 (Schneeberger-Straße).

Um dort einen möglichst großen Bereich bebauen zu können, mutierte anfangs die Lärmquelle Schützenstraße zu einer unbedeutenden Gemeindeverbindungsstraße. Das im Blick auf Qualitätsprobleme und einen schrumpfenden Markt nicht nur von Pro-Herten vorausgesagte Scheitern dieser Bebauung wurde ignoriert und endete schließlich für die VMW in einem blamablen Fiasko. Nun plant man um, wohlwissend, dass damit ein neues förmliches Verfahren (durch den Rat der Stadt Hertens) erforderlich ist. Entsprechend dem Bau-Gesetzbuch ist hierzu auch eine Bürgerbeteiligung vorgesehen und vom Rat gewünscht. In diesem Zusammenhang zitierte die örtliche Presse VMW-Altgeschäftsführer Schwenzfeier so: "Ich sehe nicht ein, dass ich mit den Bürgern reden muss."

Ist diesem Satz des VMW-Mächtigen an Arroganz noch mehr hinzuzufügen? Es ist: Siehe Fällen einer geschützten Baumgruppe als (vorläufig) letzter Akt der VMW- Selbstherrlichkeit.

Die gutachterlich erhaltenswerte, im geltenden Bebauungsplan festgeschriebene, nichts desto weniger der Planung im Wege stehende Weidengruppe sollte dem Willen der VMW entsprechend fallen. Angeblich wurde im März die Fällung beantragt und Baurat Lindner lehnte ab.

Doch was bedeutet eine Ablehnung im Rathaus, wenn VMW etwas will? Es gab einen Ortstermin und eine Prüfung des Baumbestandes durch das städtische Bauamt; ein städtischer Gärtner musste herhalten, um die gutachterlich untersuchten Baugruppe als nicht sturmsicher zu deklarieren. Natürlich ohne Hinzuziehung der Umweltverbände und ohne Befassung des Rates der Stadt (Letzterer hatte sich wohl mittels wiederholter Ablehnung einer Baumschutzsatzung symbolisch selbst zum irrelevanten Gremium deklariert). Folge: die Kettensägen konnten wüten. Selbstverständlich beeilte sich die VMW mitzuteilen, dass als Ersatz am Orte der Kettensägen-Schandtat „wertvollere Eichen“ mit einem Stammumfang von 20 cm als Ersatz bestellt worden seien.

Zur Einschätzung dieser „Wiedergutmachung“: die alten Bäume hatten einen Stammumfang von ca. 157 cm. Ersatzpflanzungen können nicht sofort die Funktion eines 100jährigen Baumbestandes übernehmen. Es dauert Jahrzehnte - vorausgesetzt die nachgepflanzten Jungbäume bekommen überhaupt die Chance so alt zu werden wie ihre Vorgänger - was nach allen Erfahrungen mit VMW hoch unwahrscheinlich ist.

Dass die Stadtverwaltung - nebenbei gefragt: was wusste eigentlich die Politik? - auf solche Augenwischereien eingeht, hat natürlich nur für böartige Zeitgenossen etwas mit den engen städtischen Beziehungen zu diesem Unternehmen zu tun.

Nochmals die Frage: Wer hat das Sagen in unserer Stadt?

Pro-Herten, jj, mms 24. Oktober 2005

An den Bürgermeister und den Rat

19. Aug. 2003  
der Stadt Herten  
Kurt Schumacherstr.  
45699 Herten

### **Bürgerantrag nach Gemeindeordnung § 24**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
wir bitten, dem Rat folgenden Text zur Beratung und  
Beschlussfassung vorzulegen:

***Der Rat der Stadt Herten stellt fest, dass eine Beteiligung an der VMWmbH unter veränderten Rahmenbedingungen den städtischen Interessen nicht mehr entspricht.***

**Die Beteiligung der Stadt Herten an der VMW GmbH, als eine der 7 Wohnungsgesellschaften in Herten) soll daher aufgegeben werden.**

**Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit dem Mehrheitsgesellschafter Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten sowie mit dem Minderheitsgesellschafter Stadt Recklinghausen aufzunehmen, die das Ziel eines zeitnahen Ausstieges als Gesellschafter verfolgen.**

#### **Begründung:**

- A. Die städtische Teilhabe an der ehemals gemeinnützigen Gesellschaft VMW (heute; Vestisch-Märkische Wohnungsbaugesellschaft m b H; Lessingstraße 65, 45657 Recklinghausen; Geschäftsführung Jörg Achim Schwenzfeier (Sprecher), Siegfried Leigrotz; Handelsregister Amtsgericht Recklinghausen HRB 0123 USt.-IdNr. DE 811116369) war zur Zeit der Dominanz des Bergbaus als Arbeitgeber in dieser Stadt wohl begründet: einerseits ging es darum, die Wohnungsversorgung für den großen Teil der im Bergbau tätigen Wohnbevölkerung zu entwickeln und auszubauen, andererseits konnten somit städtische Infrastrukturmaßnahmen und Wohnungsbau effektiv verzahnt werden.

Spätesten mit dem vollständigen Rückzug des Bergbaus - Aufgabe der letzten Zechenstandorte in Herten im Jahre 2000 - tritt die Bedeutung des Bergbaus in den Hintergrund. Dadurch ist die Plausibilität einer besonderen Verbindung zur bergbauverbundenen

Wohnungswirtschaft nicht mehr gegeben. Zudem stellt bei anhaltendem Bevölkerungsrückgang in Herten und Umgebung, Leerstände und Vermietungsproblemen, eine wohnungswirtschaftliche Versorgung mit Mietwohnun

gen sich nicht länger als kommunales Problem dar. Dem entsprechend setzte der Rat den stadtentwicklungspolitische Schwerpunkt bereits auf Nachverdichtung und den Bau von Eigenheimen. In der fachlichen Diskussion tritt derzeit der Rückbau von Wohnsubstanz in den Vordergrund.

- B. Die einstmals kommunale Einbindung in einer gemeinnützigen Gesellschaft wandelte sich nach Aufgabe der Gemeinnützigkeit zu Beginn der 90er Jahre zu einer Verflechtung mit einem v.a. gewinnorientierten Wohnungsunternehmen. Im Internet stellt sich VMW ([http://www.vmw-online.de/wir\\_ueber\\_uns/index.html](http://www.vmw-online.de/wir_ueber_uns/index.html)) wie folgt dar:

*„Seit mehr als 50 Jahren ist die Vestisch-Märkische Wohnungsbaugesellschaft mbH (VMW) im Wohnungs- und Eigenheimbau tätig. Während wir lange Zeit nur im werksgebundenen Wohnungsbau tätig waren, können wir Ihnen heute auch eine große Anzahl von frei finanzierten und öffentlich geförderten Wohnungen anbieten. Mit unseren 46 Mitarbeitern bewirtschaften wir zur Zeit rd. 7.500 eigene Wohnungen im östlichen Ruhrgebiet - und es wird weiter gebaut.“*

Politische Vernunft sowie die Verpflichtung zu Neutralität, diskriminierenden oder begünstigenden Nähe zu beliebigen der insgesamt am Markt tätigen Unternehmen entgegen; dies umso zwingender, als mit Liquidierung steuerlichen Förderung von Gemeinnützigkeit auch eine generelle Privilegierung solcher wohnungswirtschaftlicher Unternehmen keinesfalls mehr gerechtfertigt werden kann.

- C. Bei VMW (anders als beispielsweise bei der Hertener Wohnstätten Genossenschaft.e.G.) handelt es sich auch um ein wirtschaftliches Unternehmen ohne Sozialverpflichtung, dessen Zielsetzung mit der Gemeinwohlverpflichtung der Kommune, d.h. der Verwaltung und des Rates nicht generell konform ist, im Einzelfall den Interessen einer Kommune vielmehr zuwiderlaufen kann (Wir erinnern an das umstrittene Verdichtungsprojekt im Gebiet des Bebauungsplanes 112).

Politische Vernunft gebietet es, diesen Zielkonflikten zwischen Partialinteresse und Gemeinwohl grundsätzlich aus dem Wege zu gehen.

D. Auf der personalen Ebene findet sich das Problem der Verschränkung öffentlicher und privater Interessen personenbezogen in den Mitgliedern der Aufsichtsrats- und Gesellschafterversammlungsmitglieder wieder. Per Gesetz bleiben nämlich die kommunalen Vertreter in Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung der VMW dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Unabhängigkeit und Objektivität der Vertreter aus Rat und Verwaltung sollte unbedingt wiederhergestellt werden.

**Fazit: Für eine Trennung von der VMW sprechen zwei Gründe:**

- **Das Entfallen aller früheren Gründe für eine Beteiligung, d.h. Vorrang der Wohnungsversorgung, Privilegierung gemeinnütziger Unternehmen.**
- **Das Vorhandensein von Zielkonflikten sowie den Interessenkonflikten der vom Rat entsandten Vertreter in den Gremien der VMW angesichts möglicher negativer Ergebnissen für die Belange der Kommune und ihrer Bürger.**

Hertener Allgemeine

Donnerstag, 2.1. August 2003 »Nummer 193\*, Abschrift

## Raus der der VMW?

### **ANTRAG: Pro Herten verlangt Ausstieg**

**Die Stadt Herten sollte ihre Beteiligung an der Vestisch Märkischen Wohnungsbau-gesellschaft (VMW) aufgeben. Das fordert Pro Herten in einem Bürgerantrag.**

Nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen sollte die Verwaltung mit dem Mehrheitsgesellschafter (Treuhandstelle für Bergbauwohnstätten) und dem Minderheitsgesellschafter (Stadt Recklinghausen) Verhandlungen über einen Ausstieg aufnehmen. Nach dem Rückzug des Bergbaus und der Aufgabe der Gemeinnützigkeit zu Beginn der 90er Jahre mache die Beteiligung keinen Sinn mehr. Im Gegenteil: Nach Meinung von Pro Herten entstehen durch die Beteiligung im Einzelfall Zielkonflikte wie beim umstrittenen Verdichtungsprojekt Wiesenstraße.

Solchen Konflikten zwischen Parteiinteresse und Gemeinwohl solle man grundsätzlich aus dem Wöge gehen.

„Unabhängigkeit und Objektivität der Vertreter aus Rat und Verwaltung sollten unbedingt wieder hergestellt werden.“ —sp

## Manche Genossen merken nix

Reaktion auf unseren Antrag, Abschrift der Stellungnahme in der Hertener Allgemeine vom 23.8.03:

„**Kritischen Fragen ausgewichen** " Von: **Horst Menzel, SPD-Ratsherr**

Betr.: Artikel „Raus aus der VMW“

HA vom 21. August

Selbstverständlich wäre eine in der Sache begründete Problematisierung der Beteiligung der Stadt Herten an der Vestisch-Markischen Wohnungsbau-gesellschaft ernsthaft zu diskutieren.

Aber auch bei diesem Vorstoß der so genannten „Arbeitsgemeinschaft von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen“ ist unschwer zu erkennen, worum es den selbst ernannten politischen Tugendwächtern geht.



In aus dem Handgelenk gestreuten Diffamierungen werden bei den Entscheidungen demokratisch gewählter Ratsvertreter „Konflikte zwischen Partei(ial?)interesse und Gemeinwohl" ausgemacht und „Unabhängigkeit und Objektivität" in Frage gestellt.

Derlei in hochnäsiger Rigorosität formulierte Rundumschläge haben die Funktionäre von „Pro Herten" bereits öfters bohrenden Fragen kritischer Bürger ausgesetzt denen sie bis heute ausgewichen sind. Wissend, dass ihr Verhalten zu immer mehr Misstrauen Anlass gab.

Was will „Pro Herten" tun, um den Bürgern ein transparenteres Bild der eigenen Organisation zu vermitteln? Für wen spricht „Pro Herten", welches Bürgervotum legitimiert diese Gruppierung? Aus welchen finanziellen Quellen speist sich ihre Tätigkeit und Öffentlichkeitsarbeit? Ist an eine Veröffentlichung des Finanzgebarens gedacht?

Wie sollen bei „Pro Herten" und den diese Organisation tragenden Einrichtungen „Ämterhäufung" und „Ämterpatronage" verhindert werden? Welche Verflechtungen gibt es zwischen den Verbänden und Arbeitsgemeinschaften? Wir alle wissen, wie wichtig Klarheit und Transparenz bei den sich am politischen Diskurs beteiligenden Gruppierungen für das Vertrauen der Bürger und für die Glaubwürdigkeit politischer Teilhabe sind. „Pro Herten" sollte diese Grundlage funktionierender Demokratie vor Ort nicht aus den Augen verlieren.

Anmerkung: Bitte nehmen Sie auch unsere Erklärung unter zur Kenntnis:  
<http://www.pro-herten.de/disc10/00000014.htm>

Abschrift gescannt:

DER BÜRGERMEISTER

Technologie und Lebensqualität

Eingang 5.12.03

PRO Herten

Ansprechpartnerin --Katja Gaul E-Mail [k.gaul@herten.de](mailto:k.gaul@herten.de) Datum 1. Dezember 2003

## **Bürgeranregung gem. § 24 der Gemeindeordnung NW vom 30. April 2003**

hier: Aufgabe der Beteiligung der Stadt Herten an der **Vestisch-Märkischen Wohnungsbaugesellschaft mbH**

Sehr geehrter Herr Jürgens,

der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 19. November 2003

Mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme, beschlossen, **Ihrer o.a. Anregung, vier weitere Gedenkplatten zur Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus zu verlegen, nicht zu folgen.**

Dies führt dazu, dass das förmliche Anregungsverfahren abgeschlossen ist. Die Verwaltungsvorlage ist Ihnen bereits mit den Einladungsunterlagen zur Sitzung des Fachausschusses zugesandt worden.

Mit freundlichem Gruß

Rose

Stadt. Verwaltungsdirektor